

GrünExpress

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND |    GRUENESAAR

SOMMER-
AUSGABE



KOMMUNALWAHLEN: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH NACH FRANKREICH!

+++ Schöpfer: Grüne Welle zeigt, welche Bedeutung Natur- und Klimaschutz hat +++

Die Saar-Grünen schicken herzliche Glückwünsche zu ihren Parteifreund*innen nach Straßburg und in viele andere große französische Städte, in denen ab nun Grüne am Ruder sind. Saar-Grünen-Chefin und Europaexpertin Tina Schöpfer erklärt dazu: "Wir freuen uns mit unseren französischen Freund*innen über ihr fulmi-

nantes Ergebnis. Bislang hatte nur Grenoble als größere Stadt einen Grünen Bürgermeister, der jetzt auch wiedergewählt wurde. Nun werden zahlreiche Grüne Bürgermeister*innen hinzukommen, u.a. in Straßburg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in Lyon, Besançon, Marseille und Bordeaux. Das ist ein riesiger Er-

folg, der zeigt, wie wichtig den Wähler*innen ökologische Themen wie Natur- und Umweltschutz auch während der Coronakrise sind wem sie am ehesten zutrauen, hier etwas zu bewegen."

 <https://gruenlink.de/1sm2>

WEITERE THEMEN

Doppelhaushalt:
Versäumnisse der vergangenen
Jahre aufholen **3**

Gasometersprengung:
Landmarken wertschätzen
statt sprengen **5**

Kultur endlich zur
kommunalen Pflichtaufgabe
machen **7**

Straßenprojekte
aus der Mottenkiste
verhindern **4**

Schulsozialarbeit:
Ausbau konsequent
fortsetzen **6**

Grüne fordern
neue Industrie- und
Gewerbeflächenstrategie **8**

Bilder: Grüne, Pixabay, unplash, wikipedia

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Saarland

Eisenbahnstraße 39
66117 Saarbrücken

Telefon: 0681 389 70-0
Telefax: 0681 389 70-70

www.gruene-saar.de
info@gruene-saar.de



LANDESVERBAND
SAARLAND



GrünExpress

SOMMER-
AUSGABE

Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerferien beginnen und damit geht auch ein ganz besonderes erstes Halbjahr 2020 zu Ende.

Mehr als drei Monate hält uns das Corona-Virus nun schon in Atem und hat zum Teil unser Leben völlig umgekrempelt. Viele Herausforderungen haben sich in dieser Zeit auch für uns Grüne aufgetan:

Wie positionieren wir uns in dieser außergewöhnlichen Situation inhaltlich und wie organisieren wir das Miteinander in der Partei unter Pandemiebedingungen?

Und: Was macht diese Krise mit unserer Gesellschaft und welche Folgen haben die vergangenen Monate für die Krise? Wir haben uns in die Debatte eingebracht, Vorschläge entwickelt und mitdiskutiert und wir haben alle miteinander festgestellt, dass Zusammenarbeit auch digital ganz gut funktionieren kann. Ein Resultat dieser Krise ist auch dieser umfangreiche Newsletter, mit dem wir Euch regelmäßig informieren.

Nach den Sommerferien wollen wir da anknüpfen und neue Formate zu Diskussion und Austausch ausprobieren und hoffentlich können wir dann auch wieder mehr „Parteileben in live“ anbieten.

Bis dahin wünschen wir Euch und Euren Lieben einen schönen Sommer! Danke für Dein Engagement und Deine Unterstützung in diesen besonderen Zeiten. Wir freuen uns über Euer Feedback und Eure Ideen!

Herzliche Grüße,

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

BERLIN AKTUELL

Lobbyregister auch im Saarland einrichten

Die Amthor-Affäre und die aktuelle Lobbyismus-Debatte muss auch im Saarland Folgen haben: Grünen-Landesvorsitzender Markus Tressel fordert ein Lobbyregister nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz einzurichten.

Wer Zugang zur Ministerialbürokratie oder zu Landtagsabgeordneten sucht, müsse sich dann in ein öffentliches Lobbyregister eintragen. Transparenz und klare Regeln seien für den Kontakt zwischen Interessenvertretern und Politik wichtig, auch um informelle Verbindungen besser sichtbar zu machen.

„Der Kontakt zwischen Interessenvertretern und Politik ist grundsätzlich wichtig für die Demokratie. Lobbyistinnen und Lobbyisten bringen regelmäßig wichtige Erfahrungen in den Meinungsbildungsprozess ein. Werden Interessen allerdings unfair wahrgenommen, beschädigt dies die Demokratie. Korruption, Klüngelei und Mausechelen zerstören das Vertrauen in die Politik. Wir brauchen daher mehr Transparenz und klare Regeln, auch im Saarland“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Der Grünen-Politiker fordert daher die Einrichtung eines Lobbyregisters im Saarland. Vorbild könne Rheinland-Pfalz sein.

<https://gruenlink.de/1smc>

GRUENESAAR

GRUENESAAR

@GRUENE_SAAAR



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Doppelhaushalt: Versäumnisse der vergangenen Jahre aufholen

+++ CDU und SPD rechnen sich neue Lehrerstellen schön +++

Die CDU/SPD-Landesregierung hat die Eckpunkte zum geplanten Doppelhaushalt für die Jahre 2021/2022 festgezurrt. Die Saar-Grünen fordern die Große Koalition vor diesem Hintergrund auf, bei den anstehenden Haushaltsberatungen nachzusteuern, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen. Zwar gebe es Fortschritte im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt, so Tressel, allerdings fielen diese wie bei den Lehrerstellen sehr klein aus. Der Grünen-Politiker fordert einen strikten Nachhaltigkeitsvorbehalt für alle Investitionen.

„Nachdem die Große Koalition von CDU und SPD im derzeit laufenden Doppelhaushalt dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Mobilität auf Grund ihres Konsolidierungskurses sträflich vernachlässigt hat, ist es jetzt mehr als notwendig, diese Versäumnisse aufzuholen und den Fokus auf Maßnahmen zu legen, die die strukturellen Nachteile des Saarlandes im Wettbewerb der Länder ausgleichen“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Tressel zeigt sich insbesondere über die beschlossenen Eckpunkte zur Bildungspolitik enttäuscht. „Die Corona-Krise könnte Anlass sein, die Klassengrößen durch mehr Lehrerstellen endlich sig-

nifikant und dauerhaft zu verkleinern. Schaut man sich die geplanten 351 Lehrerstellen genauer an, werden lediglich 73 neue Lehrerstellen im Doppelhaushalt geschaffen. Rechnet man diese aufs Jahr, sind das gerade einmal 36,5 Stellen. Alle anderen Stellen ergeben sich lediglich dadurch, dass man auf einen Stellenabbau verzichtet bzw. befristete Stellen entfristet. Das wird wohl noch nicht einmal reichen, um die zu erwartende Welle von Frühpensionierungen ab 63 Jahre infolge der Corona-Krise auszugleichen. CDU und SPD rechnen sich hier die Lehrerstellen schön.“

Der Grünen-Politiker fordert zudem einen strikten Nachhaltigkeitsvorbehalt. Tressel: „Wir brauchen Zukunftsinvestitionen, die

die strukturellen Nachteile des Landes ausgleichen sowie helfen die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen. Was wir nicht brauchen sind sinnlose Showausgaben. Alle Investitionen müssen sich daher klar an sozialen und ökologischen Kriterien messen lassen.“ Wichtig sei auch, dass es dieses Mal nicht bei Lippenbekenntnissen bleibe. „Wir brauchen schnell Gewissheit über die genauen Investitionen. Weitere Verzögerungen, etwa bei der Reaktivierung von Bahnstrecken, dem Ausbau von Radwegen oder beim Starttermin der SaarVV-Tarifreform zum 1.1.2021 darf es nicht geben.“

<https://gruenlink.de/1sm3>



Straßenprojekte aus der Mottenkiste verhindern



Voraussetzungen und Ziele vor dem Hintergrund der Krise neu bewerten

Die Corona-Pandemie hat vieles verändert, auch in der Infrastrukturpolitik. Deshalb hat sich der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel für einen erneuten Nachhaltigkeitscheck auch bei bereits beschlossenen Infrastrukturprojekten ausgesprochen. Zahlreiche Voraussetzungen hätten sich geändert, die eine ergebnisoffene Überprüfung etwa von Straßenbauvorhaben notwendig machten. In diesem Zusammenhang sprach er sich für einen Planungsstopp des umstrittenen B423-Neubauvorhabens bei Homburg aus.

„Die Corona-Krise zwingt in vielen Bereichen zur kritischen Überprüfung, so auch beim Neubau von Straßen. Die Digitalisierung wird durch die Krise weiter an Fahrt gewinnen, was nicht ohne Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten bleiben wird. Autofahrten entfallen ganz oder werden durch neue Arbeitszeitmodelle über den Tag weiter entzerrt. Die drastischen Auswirkungen der Klimakrise sind da noch gar nicht berücksichtigt. Deshalb müssen auch bereits beschlossene oder in Planung befindliche Straßenneubauprojekte gerade im Lichte der finanziellen Belastungen der Krise erneut kritisch auf Nachhaltigkeit geprüft werden.“, sagt Markus Tressel.

Zudem müssten bei der Bewältigung der Corona-Folgen die Prioritäten richtig gesetzt werden. Tressel:

„Es darf jetzt nicht passieren, dass durch Konjunkturprogramme klima- und umweltschädliche Impulse gesetzt werden, die uns noch Jahrzehnte auch finanziell belasten werden. Deshalb muss das jetzt mit einer hohen Schul-

denlast einhergehende Investitionspaket ökologisch, ökonomisch und sozial abgewogen sein. Eine aufgrund plötzlich vorhandener Finanzmittel basierende Forcierung von Straßenneubauten, die möglicherweise vor 30 Jahren erdacht und konzipiert wurden, ist aber nicht nachhaltig. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt, einen neuen und kritischeren Blick auf die Projekte zu werfen.“

Der Grünen-Politiker fordert einen transparenten Nachhaltigkeitscheck. Tressel: „Für umstrittene Projekte wie etwa die B423-Umgehung in Homburg brauchen wir deshalb jetzt einen Planungsstopp mit einer ergebnisoffenen Überprüfung des Neubauvorhabens. Die Grundlagen für den Bau der Strecke müssen neu bewertet werden. Im Zweifel müssen Bund und Land die Mittel in für die Verkehrswende sinnvollere Projekte umwidmen.“

<https://gruenlink.de/1sm4>



Kaufhof Schließungen: Neue Konzepte für viele Innenstädte notwendig

Tressel: Auch saarländische Einkaufsstadt Neunkirchen verliert Publikumsmagneten

„Die Schließung der Kaufhof-Filialen in vielen Städten, u.a. auch in Neunkirchen, ist ein schwerer Schlag für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Innenstädte verlieren mit Kaufhof oder Karstadt einen ihrer Publikumsmagnete, von der auch andere Händler und die Gastronomie profitierten.“

Nun gilt es, durch neue Konzepte für Handel, Leben und Arbeiten einen langjährigen Leerstand in zentraler Lage zu vermeiden – auch um eine negative Sogwirkung für die ganze Innenstädte zu verhindern. Dazu müssen sich die Städte zügig mit einer Folgenutzung auseinandersetzen und die Instrumente der Städtebauförderung nutzen. Wir brauchen insgesamt eine Debatte über die Funktion und die Zukunft der Innenstädte und Ortskerne. Sie brauchen eine Renaissance.“





Vor dem Hintergrund der Sprengung des Gasometers in Neunkirchen fordern die Grünen die Landesregierung auf, ein Konzept zu erarbeiten, wie wichtige saarländische Landmarken künftig erhalten, in Wert gesetzt und gegebenenfalls kreativ umgenutzt werden können. Denkbar sei zum Beispiel ein Förderprogramm, das Kommunen diesbezüglich unterstützt.

Grünen-Landesvorsitzende Tina Schöpfer erklärt dazu: „Viele Menschen weit über Neunkirchen hinaus kennen den Gasometer als wichtige Landmarke, also als weithin sichtbarer Punkt, an dem man sich orientieren kann wie z.B. ein Leuchtturm an der Küste. Einige sehen in ihm sogar ein Wahrzeichen für die zweitgrößte Stadt im Saarland, das nun ausgerechnet einer Tankstelle und Waschanlage zum Opfer fällt, obwohl es beides in unmittelbarer Nähe schon gibt. Damit in Zukunft stattdessen auch interessante Konzepte für einen Erhalt eine Chance haben, fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein Landmarken-Konzept zu entwerfen, das in solchen Fällen auch eine kreative Umnutzung wie z.B. eine kulturelle Nutzung nach Vorbild des Gasometers in Oberhausen ermöglicht.

Erfasst werden sollen dabei nicht nur Industrielandmarken, sondern Landmarken jeglicher Art, also auch natürliche Landmarken wie z.B. Berge oder markante große Bäume, die für die Saarländerinnen und Saarländer eine Bedeutung haben. Sie alle erzählen eine Geschichte und sind daher nicht nur für die Saarländer*innen interessant, sondern könnten auch in ein touristisches Konzept einfließen und somit die Identität des Saarlandes aus ganz verschiedenen Blickwinkeln beleuchten wie es z.B. das grenzüberschreitende Projekt „Landmarken in der Region SaarMoselle“ tut.“

<https://gruenlink.de/1sm6>



Tina Schöpfer, Landesvorsitzende

Begriff „Rasse“ aus Landes- verfassung streichen und ersetzen

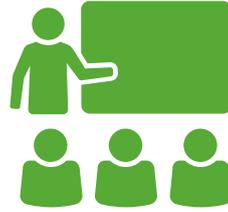
Tina Schöpfer:
Es gibt keine Rassen, es gibt
nur Menschen.

Die Saar-Grünen begrüßen die Initiative ihrer Partei auf Bundesebene zur Streichung und Ersetzung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz und fordern die Streichung und Ersetzung des Rassebegriffs auch aus der saarländischen Landesverfassung.

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Es gibt keine Rassen, es gibt nur Menschen. Der Rassebegriff ist problematisch und irreführend, weil er die Vorstellung von Unterschieden und eine Unterteilung von Menschen in Kategorien impliziert, die es nicht gibt. Deshalb muss er ersetzt werden durch eine neue Formulierung gegen Diskriminierung.“

<https://gruenlink.de/1sm7>





275 Schulen im Saarland (ohne Förderschulen)

98 > 124 Schulsozialarbeiter

Schulsozialarbeit: Ausbau konsequent fortsetzen

Die Saar-Grünen begrüßen den Ausbau der Schulsozialarbeit im Saarland, weisen allerdings auf weiteren Handlungsbedarf in den nächsten Jahren hin. Die Bündelung und die Aufstockung der Schulsozialarbeit von 98 auf 124 Vollzeitstellen sei ein erster richtiger Schritt, so Grünen-Landeschef Tressel, der allerdings für die Personalisierung der rund 275 Schulen im Saarland nicht ausreicht. Der Grünen-Politiker fordert Bildungsministerin Streichert-Clivot

auf, den eingeschlagenen Weg nun konsequent fortzusetzen und perspektivisch in den kommenden Jahren weitere 80 Schulsozialarbeiterstellen auf den Weg zu bringen.

Der Grünen-Politiker fordert Bildungsministerin Streichert-Clivot auf, den eingeschlagenen Weg nun konsequent fortzusetzen, damit an jeder Schule eine Schulsozialarbeiterstelle eingerichtet werden könne. Tressel: „Die Aufstockung von

98 auf 124 Vollzeitstellen kann bei rund 275 Schulen im Saarland (ohne Förderschulen) erst der Anfang sein. Geht man davon aus, dass bei kleinen Grundschulen eine halbe Schulsozialarbeiterstelle ausreicht, brauchen wir perspektivisch in den kommenden Jahren weitere 80 Vollzeitstellen.“

<https://gruenlink.de/1smd>

Immer weniger Menschen: Demografie- strategie entwickeln

Als Reaktion auf den weiteren Rückgang der Einwohnerzahl des Saarlandes spricht sich der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel dafür aus, eine Demografiestrategie zu erarbeiten, um die gesellschaftlichen Veränderungen durch den Bevölkerungsrückgang aktiv zu gestalten. Die Konjunkturmaßnahmen von Bund und Land böten zudem die Chance, nun die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen, damit junge Menschen künftig eine bessere Bleibe-Perspektive im Saarland hätten und andere motiviert würden, ins Saarland zu kommen.

Laut dem Statistischen Bundesamt ist die Bevölkerungszahl im Saarland im vergangenen Jahr um 0,4 Prozent auf nunmehr 986.887 Menschen gesunken. Damit setzt sich eine langjährige Entwicklung fort, die laut der Bevölkerungsvorausberechnung sogar noch stark zunehmen wird. Demnach könnten im Jahr 2060 nur noch 770.000 Menschen im Saarland leben. Tressel: „Das Saarland braucht eine Demografiestrategie unter Einbeziehung der

Menschen, um die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge des Bevölkerungsrückgangs aktiv zu gestalten. Werden Auswirkungen und Ursachen des Wandels, wie die Bedarfe einer alternden Gesellschaft adressiert und das Potenzial junger Menschen in den Blick genommen, eröffnen sich auch neuen Chancen.“

<https://gruenlink.de/1sm5>



Kultur endlich zur kommunalen Pflichtaufgabe machen

Tina Schöpfer: „Forderung des Kulturgipfels umsetzen und Kommunen entsprechend ausstatten“



Der Kulturgipfel hat getagt, jetzt müssen aus Sicht der Grünen konkrete Maßnahmen folgen. Sie fordern die Landesregierung erneut auf, Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen und die Kommunen entsprechend finanziell auszustatten. Auch in Krisenzeiten dürfe die Kultur nicht unter die Räder kommen. Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Wir unterstützen die Forderung des Kulturgipfels, Kultur zur kom-

munalen Pflichtaufgaben zu machen ausdrücklich – wir fordern dies schon seit mehreren Jahren. Die freien Kulturträger im Saarland, die kleinen Theater-, Musik- und Gesangsvereine sorgen mit relativ bescheidenen Mitteln und großem Engagement für ein breites und attraktives Kulturangebot auch im ländlichen Raum. Deshalb muss Kulturförderung wie in Sachsen zur kommunalen Pflichtaufgabe werden. Das Saarland

könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Dafür muss die Landesregierung die Kommunen mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten. Wir fordern Kulturministerin Streichert-Clivot auf, die Forderung des Kulturgipfels umzusetzen.“

<https://gruenlink.de/1smb>



Welttag der Blutspende: Wir brauchen alle Spender*innen!

Zum Welttag der Blutspende am 14. Juni erklärt Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer:

„Homo- und bisexuelle Männer sind praktisch immer noch von der Blutspende ausgeschlossen. Denn sie dürfen nur Blut spenden, wenn sie ein Jahr lang keinen Sex hatten. Es ist zum einen diskriminierend und zum anderen nicht sinnvoll, auf das Blut potenzieller Spender zu verzichten. Der Europäische Gerichtshof hat bereits 2015 generelle Blutspendeverbote für unzulässig

erklärt, solange der Gesundheitsschutz der Blutspendeempfängerinnen und -empfänger gewährleistet ist. Der generelle Ausschluss von homo- und bisexuellen Männern von der Blutspende ist diskriminierend, wenn es nicht weniger belastende Methoden gibt, wie z.B. die persönliche Befragung über das individuelle Verhalten.“

<https://gruenlink.de/1sma>





Grüne fordern neue Industrie- und Gewerbeflächenstrategie

Markus Tressel: Keine Entwicklung ins Blaue hinein – Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Im Rahmen der aktuellen Debatte um die Erschließung des Lisdorfer Berges in Saarlouis haben die Grünen ihre Forderung nach einer anderen Industrie- und Gewerbeflächenstrategie für das Saarland erneuert.

Ziel müsse zunächst die effiziente Nutzung der bereits vorhandenen Flächen sein. Interkommunale Zusammenarbeit müsse zum Regelfall werden, auch um unnötige Neuflächenversiegelung bei vorhandenen Konversionsflächen etwa in Nachbarkommunen zu vermeiden. Um die damit einhergehende Problematik der Gewerbesteuer zu lösen, müsse künftig in größeren Räumen gedacht und ein entsprechender Ausgleichsmechanismus entwickelt werden. Der Gewerbesteuer-Egoismus vieler Kommunen habe in der Vergangenheit zu irrationalen Flächenentscheidungen geführt.

Grünen-Landeschef Tressel sieht das Land, nach der Corona-Pandemie noch mehr als vorher, in der Pflicht, eine landesweite Flächenstrategie zu entwickeln: „Nach Corona stellt sich die Frage der Nachhaltigkeit noch deutlicher. Wie werden wir in Zukunft arbeiten und wie werden industrielle Prozesse künftig organisiert? Wo gibt es Flächenbedarfe und wie können Flächen von Unternehmen sinnvoll gemeinsam genutzt werden? Diese Fragen müssen in einer Flächenstrategie beantwortet werden. Klar ist aber: Vorhandene Potenziale müssen gehoben werden, indem man effizient mit bestehenden Flächen umgeht ohne unnötig neue

Flächen zu versiegeln. Dazu bedarf es mehr denn je interkommunaler Zusammenarbeit. Eine Flächenentwicklung „ins Blaue“ hinein und eine undifferenzierte Flächenbevorratung ist weder ökologisch verträglich noch ökonomisch sinnvoll. Diese Debatte muss man jetzt führen. Das jetzt vorliegende Klimagutachten beantwortet ja nicht die grundsätzlichen Fragen der ökonomischen und der ökologischen Sinnhaftigkeit von Flächenbevorratung z.B. hinsichtlich der Kosten und der Flächenversiegelung.“

<https://gruenlink.de/1sm8>



Die Grünen haben bereits 2019 ein detailliertes Positionspapier zur Flächenpolitik vorgelegt: „Flächenpolitik im Saarland zeitgemäß denken“

<https://gruenlink.de/1sm9>



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Mehr tun gegen Hass und Hetze im Internet – Hate Speech stoppen

Tina Schöpfer: Zentrale Beratungsstelle für Opfer einrichten und Forschungsprojekt auflegen

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Hate Speech ist nicht nur ein virtuelles Problem. Sie vergiftet ganz real das Klima in unserer Gesellschaft. Es geht bei Hate Speech darum, anderen die Würde, die Menschlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit abzusprechen. Sie kann jede und jeden von uns treffen. Sie hat auch nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun. Wenn politische Debatten entgleisen und in Hass umschlagen, müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.“

Nach Definition des Europarats umfasst Hate Speech „jegliche Ausdrucksformen, welche Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen von Hass, die auf Intoleranz gründen, propagieren, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen, unter anderem Intoleranz, die sich in Form eines aggressiven Nationalismus und Ethnozentrismus, einer Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund ausdrückt.“ (Europarat, Ministerkomitee, Empfehlung Nr. (97) 20). Die Saar-Grünen fordern die Landesregie-

rung auf, eine zentrale Beratungsstelle für Opfer von Hate Speech zu einzurichten, um die Betroffenen schnell und kompetent zu unterstützen. Sie soll die erste Anlaufstelle für Betroffene sein und neben der rechtlichen Beratung auch bei der Entwicklung von Gegenstrategien und gesundheitlichen Problemen helfen.

Außerdem fordern die Grünen die Landesregierung auf, ein Forschungsprojekt zum Phänomen Hate Speech aufzulegen. Schöpfer dazu: „Wir müssen verstehen, wie dieses gesamtgesellschaftliche Problem funktioniert und welche Gegenstrategien erfolgreich sein können. Dabei sollen insbesondere frauenfeindliche und rassistische Aspekte von Hass und Hetze untersucht werden, da diese beiden Problembereiche besonders im Zentrum der digitalen Gewalt stehen.“

Eine zentrale Meldestelle sehen die Grünen ebenfalls als wichtigen Baustein im Kampf gegen Hate Speech. Die Landesregierung solle ein entsprechendes Konzept nach dem Vorbild Baden-Württembergs (demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/

[vorfall-melden](#)) erarbeiten. Schöpfer erklärt hierzu: „In Baden-Württemberg können Fälle von Hate Speech bei der zentralen Meldestelle „respect!“ gemeldet werden. Eingehende Meldungen werden dort zunächst auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft und nach Straftatbeständen kategorisiert. Entsprechende Beiträge leitet die Meldestelle dann den Betreibern der betreffenden Netzwerke mit der Aufforderung zur Löschung weiter. Zeigen sich Provider nicht kooperativ, ist in bestimmten Fällen eine Klage möglich. Bei volksverhetzenden Beiträgen werden die Verfasser*innen von der Meldestelle angezeigt. Ein solches Angebot sollte es auch im Saarland geben.“ Da junge Menschen von Hate Speech besonders betroffen sind, fordern die Grünen, dass das Thema verbindlicher Bestandteil im Schulunterricht sein muss. „Jugendliche müssen wissen, wie sie sich gegen Hass und Hetze wehren können“, so Schöpfer.

 <https://gruenlink.de/1soa>

